

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postamtstolten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgepaltenen 3mm hohe (Beit-) Zeile über deren Raum mit 15 Bfg. berechnet; auswärts 20 Bfg. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Reklamen folgen pro Zeile 40 Bfg. Verbindlichkeit für Platz-, Datenrichtigkeit und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Bfg. Zeitungsbeilagen werden blickt berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 77

Dienstag, den 27. Juni 1933

26. Jahrgang.

Für die Sicherheit des Reiches

Kampf gegen SPD und KPD — Die Aktion gegen den politischen Katholizismus

Am 28. Juni 1919 in Versailles

Deutschlands schwärzester Tag

Die nationale Regierung hat angeordnet, daß am 28. Juni alle öffentlichen Gebäude die Flaggen halbmast setzen. Zum erstenmal nach diesem schwarzen Tag, an welchem Deutschland das Diktat von Versailles unterzeichnete, ist es von deutscher Regierungsseite unternommen worden, dem deutschen Volk die Schwere und Tragik dieses Tages nahe zu bringen. Denn mit diesem 28. Juni 1919 beginnt das nationale Unglück Deutschlands, die Verflauung gegenüber dem Ausland, die Verelendung der Massen, die Entwertung eines ganzen Volkes. Was uns Versailles genommen hat an deutschem Heimatboden, an deutschen Volksgenossen, an staatlichem und privatem Eigentum im In- und Ausland, was es uns geraubt hat an nationaler Ehre und Selbstachtung, an wirtschaftlicher Zukunft und Weltgeltung, das wissen leider in Deutschland nur zu wenige Menschen. Man hatte es zwar sehr eilig, anzunehmen, daß der schmerzhaften Jugend die deutsche Verfassung ausgehängt wurde, hat es aber bisher abgelehnt, dieser deutschen Jugend, der Trägerin der deutschen Zukunft, einen guten Ausgang aus jenem logenannanten Friedenswerk in die Hand zu geben, dem wir mit dem 28. Juni 1919 auf Tod und Verderben verbunden sind.

In Zukunft wird man in den Schulen eingehender auf diesen Diktatfrieden von Versailles eingehen, damit das heranwachsende Deutschland weiß, was uns unsere Feinde als logenannanten Frieden vorzulegen wagten. Nicht nur, daß man uns das deutsche Elend, Cuxen-Malmedy und vorübergehend das Saargebiet im Westen nahm, daß man aus dem Rheinland bis 50 Kilometer rechts des Rheins eine logenannante entmilitarisierte Zone mit beschränkter deutscher Staatshoheit schuf, daß man uns im Norden einen Teil von Schleswig, das urdeutsche Danzig im Osten, das Memelgebiet, Pommern und schließlich den größten und wertvollsten Teil Oberschlesiens nahm, man hat uns auch unsere Heer und unsere Marine zer schlagen, hat unsere Schiffe beschlagnahmt, hat uns, gemessen an den Riesenheeren anderer Nationen, ein Miniaturheer ohne Artillerie, ohne Panzer und ohne schwere Waffen gelassen, von dem man wußte und wollte, daß es niemals in der Lage sein würde, einem feindlichen Einbruch zu wehren. Man hat uns jeglichen Aufschwung unterlag, dessen Mangel uns gerade in diesen Tagen besonders eindringlich vor Augen geführt worden ist, man hat uns unsere Kolonien unter der lügenhaften Behauptung, wir seien zur Kolonisation nicht geeignet, genommen, hat uns unsere Handelsflotte zur Zerstückelung weiterer Verbindungen mit den Weltmarktplätzen abgefordert oder zer schlagen, hat uns, die wir damals bereits am Hungerstich nagten, unser Vieh und unser Saatgut hinweggeführt und damit den Aufbau unserer Landwirtschaft um Jahre verhindert, man hat uns fünf Jahre lang die Einfuhr ausländischer Waren ohne Zollschutz aufgezwungen und hat uns schließlich eine Tributlast auferlegt, die ebenso phantastisch wie verwerflich genannt werden muß.

Über diese Aufzählung einiger Daten ist nur eine schwache Andeutung von dem, was dieses Schanddokument von Versailles Deutschland an teuflischen Verpflichtungen auferlegte. Wir waren in Wahrheit mit dieser Vertragsunterzeichnung zu einem ehr- und wehrlosen Sklavenvolk geworden. Um das Maß voll zu machen, hat man nicht nur nach dem berühmten Artikel 231 die Allein Schuld Deutschlands am Kriege „festgestellt“, man hat auch in der sogenannten Mantelnote eine Begründung gegeben, die die Wehrlosigkeit auf den Kopf stellte. Es ist heute längst erwiesen, daß der Weltkrieg von Frankreich und Rußland durch Gebietsansprüche bereits im Jahre 1912 festgelegt und in den folgenden Jahren systematisch vorbereitet worden ist. Es ist ferner festgelegt, daß zwar England Bürgschaft für die völlige Neutralität übernommen hatte, sich aber in einem Geheimabkommen verpflichtet hatte, einem französischen Landmarsch durch Belgien keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Auch das alles, was zum Kriege führte, kann hier nur andeutend werden. Weil aber die Welt heute weiß, was der logenannante Vierer-Rat von Versailles schon damals wollte, daß nämlich die gegen Deutschland erhobenen Verpflichtungen unwahr und die gegen das deutsche Volk ausgesetzten 440 Artikel nicht Frieden, sondern Vernichtung Schanddokument in das grelle Licht der öffentlichen Diskussion gestellt wird. Das deutsche Volk hat in berechtigter Abneigung diese Verträge vor Jahren heroisch seine Grenzen verweigert. Wenn es schließlich auf die Knie gezwungen wurde, so einmal durch den Betrug der logenannanten Wilsonschen vierzehn Friedenspunkte, ferner durch die Hungerkriege gegen Deutschlands Frauen, Kinder und Greise und schließlich durch jenes Novemberverbrechen, das der kämpf-

den feldgrauen Front die rückwärtigen Verbindungen zerstörte. Es darf am Tage von Versailles nämlich nicht vergessen werden, was der „Vorwärts“ i. J. 1918 schrieb, daß „es der feste Wille der Sozialdemokratie sei, daß Deutschland für immer seine Kriegslage streiche, ohne sie das letztmal siegreich heimgebracht zu haben.“ Deutschland wurde nicht auf dem Schlachtfeld besiegt, sondern ist durch Verrat und durch völkerrechtswidrigen Hungerkrieg zum Niederlegen der Waffen veranlaßt worden.

Clemenceau hat nach der Unterzeichnung des Versailler Schanddokuments durch die beiden deutschen Vertreter geschrieben: „Die Deutschen sind so tief gesunken, daß sich vorerst niemand mit ihnen an einen Tisch setzen kann. Leider hatte er recht, denn am 22. Juni 1919 nahm die Nationalversammlung in Weimar den Antrag der Regierung an, die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen, mit 237 Stimmen der Sozialdemokraten, der USPD, des Zentrums und von sechs Demokraten an. Und sechs Tage später erfolgte die Unterzeichnung durch Hermann Müller und Dr. Bell, nachdem durch den Geländes von Haniel vorher eine im übrigen in dem Vertragsdokument nicht niedergelegte Rechtsverwahrung gegen die Bestimmung der deutschen Allein Schuld und gegen die Verpflichtung zur Auslieferung der logenannanten Kriegsverbrecher erhoben worden war.

Widerrechtlich ist dieser logenannante Versailler Friedensvertrag für jede deutsche Regierung verpflichtend, so lange nicht eine Änderung auf dem Verhandlungswege oder durch andere Ereignisse erreicht worden ist. Es ist deshalb Aufgabe von Regierung und Volk, unermüdlich daran zu arbeiten, daß dieser schwärzeste Tag deutscher Geschichte wieder ausgelöscht wird. Jeder einzelne Deutsche leidet täglich und stündlich unter diesen Bestimmungen von Versailles, ein urdeutsches Land, das Saargebiet, schmachtet heute noch unter diesen Diktatbestimmungen. Es ist endlich an der Zeit, daß vierzehn Jahre nach dieser teuflischen Tat von Versailles der Generalangriff einleitet, um weiteres Unrecht zu verhüten, das in diesem Schanddokument seine Wurzel hat. Deshalb die Forderung auf halbem als Ausdruck nationaler Trauer eines gequälten, unfreien und wehrlosen Volkes, gleichzeitig aber auch als Ausdruck des Willens zur Freiheit und Ehre!

Deutschland gegen Luftüberfälle wehrlos

sagt der Leiter der Deutschen Verkehrsschule.

Anlässlich der Ueberfliegung deutschen Gebietes durch ausländische Flugzeuge äußerte sich der Leiter der Deutschen Verkehrsschule in Braunschweig, Major a. D. Keller, zu einem Vertreter der Braunschweigischen Landeszeitung über die Möglichkeit der Verhinderung solcher Ueberfälle. Ein Entkommen der ausländischen Maschinen, so führte Major Keller aus, hätte auch dann nicht verhindert werden können, wenn die deutsche Luftpolizei über Flugzeuge verfügt hätte, und zwar einmal, weil unsere Maschinen viel zu schwach sind und zweitens nicht über Maschinen-gewehre verfügen. Auch die außerordentliche Schnelligkeit und Steigfähigkeit der augenblicklich schnellsten Verkehrs- und Postflugmaschine der Welt, der Junkers 60, die eine mittlere Reisegeschwindigkeit von 250 Km. hat, es im Höchstfluge aber auch auf 320 Km. bringt, reiche nicht aus, Maschinen, die naturgemäß sämtlich große Höhen haben würden, zu stellen. Selbst wenn das aber möglich wäre, was können unsere unbewaffneten Maschinen gegen jene Maschinen ausrichten, die in einem solchen Falle rückstandslos von ihren Maschinengewehren Gebrauch machen würden.

Die einzig wirksame Abwehr bestehe darin, daß Deutschland sich auf der kommenden Abrüstungskonferenz dafür einsetze, daß ihm das gleiche Luftrecht zugesprochen werde, wie den anderen Völkern. Einen wirksamen Schutz gegen die Bedrohung Deutschlands durch fremde Luftflotten erblickt Major Keller einzig und allein in der Schaffung von deutschen Jagdgeschwadern, die den ausländischen bezüglich der Schnelligkeit und der Bewaffnung ebenbürtig sind. Dazu komme aber auch noch die dringend notwendige Wiedereinführung von Flugzeugabwehrkanonen.

Die roten Hefflieger

Gefährdungen über Dortmund abgeworfen.

Dortmund, 27. Juni. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ (Parteiorgan der NSDAP.) meldet: Am Freitagabend gegen 18 Uhr ist über dem nördlichen Stadteil ein brauner Doppeldecker geflogen worden, der Flugblätter heftigen Inhaltes abwarf. Es handelt sich um kommunistisches Propagandamaterial. Es ist wohl auf die sehr ungünstige Wetterlage mit starkem anhaltendem Regen zurückzuführen, daß dieser Vorfall nicht von größeren Teilen der Bevölkerung beobachtet werden konnte.

Nach über Magdeburg geflüchtet

Magdeburg, 27. Juni. Nach dem nationalsozialistischen „Neuen Magdeburger Tageblatt“ wurde am Freitagnachmittag zwischen 3 und 4 Uhr über der Magdeburger Neustadt ein unbekanntes Schnellflugzeug anscheinend ausländischer Herkunft geflüchtet, das aus Richtung Braunschweig kam, in großem Bogen um Magdeburg herumflog und in Richtung Berlin verschwand. Es handelte sich um einen Doppeldecker graublauen Anstrichs, dessen nähere Kennzeichen sich bei dem diesigen Wetter nicht feststellen ließen.

Reichsautofraßenbau beginnt

Die fünf Hauptlinien.

Mit dem Bau des ersten Teilstücks der ersten großen Reichsautofraße Hamburg—Bremen—Hannover—Frankfurt—Mannheim—Basel, der Strecke Frankfurt—Mannheim, wird schon in dieser Woche begonnen werden, und zwar werden zunächst die Landmesser mit der Vermessung der Strecke und der Vorbereitung des Anlaufs bzw. der Enteignung der benötigten Geländestreifen beginnen. Zur Durchführung des Baues ist in Frankfurt am Main bei der Reichsbahndirektion eine oberste Bauleitung mit Reichsbahn-Verbaurent Büdel eingesetzt worden, der ein Stab von ausgezeichneten Fachleuten beigeordnet wurde. Die Kosten für das erste Teilstück Frankfurt—Heidelberg—Mannheim werden mit etwas über 20 Millionen Mark veranschlagt. Die bisherige Autofraße Frankfurt—Darmstadt—Heidelberg bzw. Mannheim wird man für die neue Straße nicht benutzen können, da sie erstens sehr ungenügend verläuft und zweitens quer durch die Ortschaften führt.

Neben dieser Autofraße Hamburg—Basel, die noch eine kurze Verlängerung nach Lübeck, dem Tor des Ostens, erhalten soll, sind an Straßen noch geplant eine Verbindungsstraße Berlin—Düsseldorf und zwar nach Stettin. Ob eine solche Straße auch zu den Ostseebädern auf Usedom gebaut wird, steht noch dahin, da eine solche Straße nach Usedom in den sechs Wintermonaten des Jahres schwerlich benutzt werden würde. Ferner wird bestimmt eine Reichsautofraße Berlin—Leipzig entstehen. Nach dem bisher bekanntgewordenen Plan soll sich diese Straße in Leipzig verzweigen und von dort einmal über Plauen—Münchberg—Mugsburg nach München und weiter nach Rastatt führen, wo Anschluß an die Straße nach Innsbruck und über den Brenner nach Italien gewährleistet wäre. Eine Abzweigung von München würde nach München mit dem Salzburger Gebiet verbinden. Die zweite Abzweigung würde von Leipzig über Naumburg—Weimar—Erfurt—Gießen—Hersfeld—Frankfurt/Main—Mainz nach Saarbrücken führen und dort an die Pariser Straße anschließen. Die dritte Abzweigung würde Leipzig mit Dresden—Görlitz, dem Waldenburger Industriegebiet und Breslau verbinden. Eine große Querstrecke würde von Berlin über Magdeburg—Braunschweig—Hannover—Minden zum Ruhrgebiet und von Essen über Düsseldorf nach Köln führen. In Köln würde die Straße nach Aachen abweisen und dort den Anschluß finden an die große Straße über Brüssel nach Ostende bzw. nach Calais. Die Rheinstraße würde nach bzw. umgekehrt über Koblenz bis Mainz verlängert werden. Von Saarbrücken würde über Mannheim—Stuttgart—Ulm eine Reichsautobahn nach Augsburg führen und dort an die Straße Berlin—München anschließen. In Mannheim würde diese Reichsautobahn die Strecke Hamburg—Basel bzw. Köln—Mannheim—Basel kreuzen. Ob noch eine Reichsautofraße nach dem Osten über Rastatt in nach Schneidmühl gebaut wird, steht noch dahin, da auf dieser Strecke die vorhandenen Straßen bisher völlig ausreichen. Es handelt sich um rein agrarische Gebiete, in denen der Kraftverkehr verhältnismäßig schwach ist. Eine der Hauptverkehrsstraßen ist die Straße Nummer 5 von Hamburg, Wittenberge, Neuruppin, Mincheberg, Frankfurt (Oder), Glogau nach Breslau und Beuthen, also die Verbindung zwischen dem Westhafen Hamburg und Oberschlesien. Sie umgibt bewußt den Verkehrsknotenpunkt Berlin zur Befehlsmung des Verkehrs.

Auflösung der Landwirtschaftskammern

Berlin, 27. Juni.

Der preussische Ministerpräsident Göring und „für den Minister für Landwirtschaft und Forsten“ der Finanzminister Popitz haben eine Verordnung erlassen, wonach die preussischen Landwirtschaftskammern mit Ausnahme der Kammer für die Provinz Ostpreußen aufgelöst werden. Die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Bestimmungen erläßt der Landwirtschaftsminister. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

Dr. Goebbels bei der alten Garde

„Die nationalsozialistische Revolution ist noch nicht zu Ende“

Berlin, 27. Juni.

Bei dem „Tag der Alten Garde“ in Spandau hielt Reichsminister Dr. Goebbels eine Ansprache an die zehn- und hundertjährigen Veteranen der Reichswehr. Er sagte: „Die alte Parteigarde vor der Taufe, das ist die unerschütterliche Garde zum Siege verurteilt habe. Man solle nicht denken, daß die nationalsozialistische Revolution zu Ende sei. Sie gehe erst zu Ende, wenn die NSDAP. den ganzen Staat besitze.“

Es dürfe außer dieser überhaupt keine Partei und keine Organisation mehr bestehen. Die nationalsozialistische Bewegung habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie auf dem Totalstaat beruhe.

„Wir sind die Volkstreue des Volkswillens. Es braucht niemand Angst zu haben. Es kommt ein jeder heran. Wir werden auch die Revolution zu Ende führen. Darvon wird nicht gegeben. Die nationalsozialistische Bewegung erhebt den Anspruch, das Reich zu besitzen. Da die Regierung Erfolg haben wird, hängt nicht allein von ihren Taten, sondern auch von der Gefolgschaft ihrer alten Anhänger ab.“

Dr. Goebbels gedachte zum Schluss der Toten der nationalsozialistischen Bewegung, die ihre Liebe zu dem Führer mit dem Leben bezahlt hätten und erklärte, daß der Führer Tag und Nacht darauf sinne, dem deutschen Volk wieder zu Brot und Arbeit zu verhelfen.

Die Aktion gegen BBV

Eine Darstellung der Münchener Polizei.

München, 27. Juni.

Der Polizeipressebericht meldet: Wie schon berichtet wurde, hat die bayerische Politische Polizei vor einigen Tagen bei den Funktionären der Bayerischen Volkspartei Hausdurchsuchungen vorgenommen, da begründeter Verdacht bestand, daß die BBV in enger Fühlung mit der Dollfuß-Regierung und der Heimwehr in Österreich stehe und daß sie für das Verbot der NSDAP. in Österreich mit verantwortlich sei. Bei den Hausdurchsuchungen wurde umfangreiches Material gefunden. Auf Grund der Ergebnisse der vorläufig gesicherten Schriften hat sich die bayerische Politische Polizei genötigt, die Festnahme der Reichs- und Landtagsabgeordneten der BBV, sowie weiterer wichtiger Funktionäre in ganz Bayern anzuordnen.

Die Aktion gegen den politischen Katholizismus hat eindeutig den Beweis erbracht, daß es diesen Kreisen mit ihren Beteuerungen, sich reslos hinter die nationale Regierung zu stellen und am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, in keiner Weise ernst ist. Die Untersuchungen haben vielmehr ergeben, daß der politische Katholizismus bestrebt ist, in jeder Weise die Anordnungen der Regierung zu sabotieren und ihr sogar entgegenzuarbeiten.

Es steht fest, daß diese Kreise jede Gelegenheit, insbesondere jede sich etwa ergebende politische Krise, dazu ausnützen werden, ihre verlorene Machtposition wiederzugewinnen. Es ist ferner festgestellt worden, daß Versammlungsverbote umgangen und daß verbotene Wehrgeschäfte illegal weiter geführt werden. Es werden Nachrichten durch Herausgabe illegaler Zeitungen systematisch verbreitet, wodurch der Gerede-Propaganda und der Verbreitung unrichtiger Meldungen Tür und Tor geöffnet wird.

Die Angehörigen der Bayernwehr wurden aufgefordert, dem Stahlgewehr beizutreten, nicht etwa um diese Organisation zu stärken, mit der sie sich als ideologisch in keiner Weise verbunden fühlen, sondern um diese Organisation zu durchkreuzen und dann als Sprungbrett für ihre politischen Machtpläne zu benutzen.

Unter den in München in Schutzhaft genommenen BBV-Mitgliedern befindet sich der ehemalige Staatsrat Fritz Schaeffer, der Bayernwehrführer von Leg. der Generalsekretär der BBV, Dr. Pfeiffer, von Simmer, Fürst Karl von Wrede, Baron Hirsch von Planegg und Dr. Hundhammer.

Zum Betätigungsverbot der SPD

Durchführungsbefestimmungen des Ministerpräsidenten.

In seiner Eigenschaft als preussischer Innenminister hat Ministerpräsident Göring jetzt Durchführungsbefestimmungen

zu dem Betätigungsverbot der SPD. erlassen. Darin wird u. a. bestimmt, daß unter das Betätigungsverbot alle Mitglieder des Reichstages, des Preussischen Landtages und des Staatsrats sowie der anderen parlamentarischen Körperschaften in den Gemeinden und Gemeindeverbänden usw. fallen, die selbst Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind oder die auf Grund von Wahlvorschlüssen der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden sind. Alle diese Personen sind von den Bezirks- bzw. Kreisbehörden aufzufordern, sich der weiteren Ausübung des Mandats zu enthalten. Diese Behörden sind ferner angewiesen, zu veranlassen, daß Auszahlungen von Tagelohn und anderen Bezügen an sozialdemokratische Mitglieder gesperrt werden. Die Durchführungsbefestimmungen verpflichten ferner die Polizeibehörden, alle in den Parlamenten usw. befindlichen Vermögensgegenstände der Sozialdemokratischen Partei zu beschlagnahmen.

Aus diesen Durchführungsbefestimmungen ergibt sich also, daß auch diejenigen bisherigen sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten von dem Betätigungsverbot und seinen Folgewirkungen betroffen werden, die im Laufe der letzten Wochen aus irgendwelchen Gründen sich von den Sozialdemokraten durch Austritt oder Ausschluß aus der Fraktion oder aus der Partei getrennt haben.

Bräut Leicht in Schutzhaft

Bamberg, 27. Juni.

Wie das „Bamberger Tagblatt“ meldet, wurden am Montag im Rahmen einer in ganz Bayern durchgeführten eingehenden Aktion gegen die Bayerische Volkspartei in den frühen Morgenstunden in Bamberg Reichstagsabgeordneter Bräut Leicht, Landtagsabgeordneter Weigner, sowie sämtliche Stadträte der bayerischen Volksparteifraktion in Schutzhaft genommen.

Im Rahmen der Reichsaktion gegen die sozialdemokratische Partei wurden der ehemalige Braunschweigische Ministerpräsident und frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Japser und der ehemalige Ministerialrat und Landtagsabgeordnete Dr. Brill-Gotha in Schutzhaft genommen.

Haftentlassung der pfälzischen Pfarrer

Nach Verhandlungen mit dem Bischof.

Neustadt a. H., 27. Juni.

Die in Schutzhaft genommenen pfälzischen Pfarrer wurden, wie die NSZ „Rheinfront“ meldet, nach einer Aussprache zwischen dem Bischof von Speyer und einem Vertreter der Gauleitung der NSDAP. Sonnabend abend wieder aus der Schutzhaft entlassen.

Die zur Entlassung gekommenen Geistlichen haben eine von der Gauleitung vorgelegte Erklärung unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, unter keinen Umständen den Versuch zu machen, das Gotteshaus zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, in verdeckter Weise die Regierung Adolf Hitler bzw. deren Maßnahmen einer verächtlich machenden Kritik zu unterziehen. Die Parteileitung ihrerseits übernimmt die Verantwortung, daß sie in diesem Falle mit allen Mitteln den Briefen schlicht wird.

Auf Veranlassung der württembergischen politischen Polizei sind aus dem Schutzhaftlager Heuberg wiederum 193 politische Schutzhaftgefangene entlassen worden.

APD-Geheimdrucker in einer Höhle

Neumünster, 27. Juni.

Bei einer nächtlichen Razzia wurde von der politischen Schutzpolizei auf der Wildorfer Feldmark eine Höhle auffindig gemacht, zu der eine Leiter 2½ Meter tief in die Erde hineinführte. Man fand dort eine kleine Druckmaschine, Farben, Papier und Exemplare der illegalen „Norddeutschen Zeitung“. In diesem Zusammenhang konnten bald darauf mehrere Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen werden. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Kommunistische Funktionäre ausbezogen

Durch das rasche Eingreifen der Polizei konnte am Montag im Walde bei Eich im Vogtlande eine geheime Zusammenkunft von Funktionären des ehemaligen kommunistischen Jugendverbandes ausgehoben werden. 6 Personen wurden festgenommen.

Im Regierungsbezirk Magdeburg sind etwa 200 SPD-Funktionäre in Schutzhaft genommen worden. In Senten-

berg insgesamt 265 Personen. In Reine wurden 12 mals führende Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen. Ferner wurde in Hamburg eine geheime kommunistische Versammlung mit 28 Teilnehmern ausgehoben, wobei sieben Personen wegen illegaler kommunikativer Betätigung in Hamburg und schließlich vier Personen wegen illegaler Betätigung für die SPD. verhaftet.

Dr. Goebbels über Außenpolitik

Im „Petit Journal“ wird eine Unterredung mit Dr. Goebbels, die der Berliner Korrespondent des Blattes mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels, in einer Reihe außenpolitischer Fragen führte. Zur österreichischen Frage erklärte der Minister, daß Deutschland und Österreich zwei verschiedene Staaten seien, auch wenn in beiden Ländern eine einzige Partei an der Regierung wäre. Selbst wenn an der Spitze der nationalsozialistischen Bewegung beider Länder nur ein Führer stünde, würde die Unabhängigkeit Österreichs nicht weniger geachtet werden. Ueber die Abjektivität der deutschen Forderung, sich die französische öffentliche Meinung nicht zu benehmen. Noch keine andere deutsche Regierung ist so entschieden dem Frieden ergeben gewesen wie die jetzige. Die jetzige deutsche Regierung biete Frankreich umgehend mehr Garantien der Stabilität als irgendeine andere. Die traurige Geschichte der letzten vierzehn Jahre habe gezeigt, daß die früheren Regierungen Verpflichtungen nicht genommen hätten, deren Ausführung unmöglich gewesen sei. Dadurch hätten sich ständig Kontroversen ergeben, die die ganze internationale Atmosphäre vergifteten. Ueber die deutsche Jugend erklärte Minister Dr. Goebbels, daß die nationale Propaganda innerhalb der deutschen Jugend eine Notwendigkeit, eine Reaktion gegen die ungenügende nationale Erziehung der letzten vierzehn Jahre. Die deutsche Jugend sei unbewaffnet, könne also für Frankreich um weniger eine Gefahr sein, als Frankreich Kanonen besaß.

Eine deutsche Erklärung in London

Zur Schulden- und Devisenfrage.

In dem unter Vorsitz von Krogmann (Deutschland) stehenden Unterausschuß der Weltwirtschaftskonferenz zur Erörterung handelspolitischer Fragen nahm Ministerialdirektor Pöffe das Wort zur Klärung des deutschen Standpunktes. Er wies vor allem auf die Notwendigkeit für Deutschland hin, in der Zahlungsbilanz einen Ausgleich zu finden. Hierbei sei besonders die Lage der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Pöffe betonte ausdrücklich, daß die Lösung der Finanzfragen, wie z. B. die Währungsstabilisierung und die Schuldenfrage, als Vorbedingung gelten müsse. Zu den Clearing-Abkommen bemerkte er, daß diese nur dort zulässig sein sollten, wo sie zur Regelung internationaler Devisenbestimmungen und nicht als Abwehr- oder Vergeltungsmaßnahmen bestünden. Die deutsche Devisenverordnung sei keine handelspolitische Waffe, sondern diene lediglich dem Schutze der Währung.

Chamberlain zur Kreditfrage

Im Unterausschuß des Währungsausschusses der Weltwirtschaftskonferenz sprach Montag nachmittag der englische Schatzkanzler Chamberlain. Er betonte die Notwendigkeit, daß Gläubiger- und Schuldnerländer vollen Aufschluß über ihre jeweilige wirtschaftliche Lage geben, damit die Kapitalanleger über die Sicherheit ihrer Anlagen ausreichend orientiert seien. Die Aufhebung von Leihen müsse der Kontrolle der Gläubiger- und Schuldnerländer unterworfen werden.

Alle Staaten sollten Kreditförmlichkeiten ins Leben rufen, die dann zu gemeinsamen Sitzungen zusammenföhrten. Jeder Versuch, eine eigene internationale Korporation zu schaffen, sei wegen der Verschiedenartigkeit der Bedingungen zu mißbilligen.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Auf Vorschlag Hendersons.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, und der französische Außenminister Paul-Boncour sind der Meinung, daß es zweckmäßig sei, die Abrüstungskonferenz zu vertagen. Henderson wird dem Büro der Konferenz einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

trat, fragte er mit sorgenvoll zusammengezogener Stirn: „Na, Liebchen, was meinst du nun zu alledem?“

„Wie?“ gab sie lächelnd zurück. „Es ist doch alles wieder in der schönsten Ordnung? ... Und ich freue mich, daß die kleine zu uns ins Bataillon kommt. Mein Scharführer hat mich doch nicht getaucht, als ich dir neulich schon, auf der Rückfahrt von Rohnstein, sagte, zwischen unserer neuesten Abgrenzung, dem Herrn von Wahlberg, und der Tochter des Forstmeisters spänne sich was an. Als du mit dem Papa ins Herrenzimmer gingst, um eine Zigarre zu rauchen, hat das liebe Mädel ein Zipselchen von ihrem heimlichen Glück gestiftet. Ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern, bis der Herr von Wahlberg vor dich tritt: „Herr Oberstleutnant, ich bitte geborsamst um die Erlaubnis, meine Verlobung mit Fräulein Elisabeth Brindmann vorzustellen zu dürfen.“

Der Oberstleutnant Brindmann steckte sich die ausgegangene Zigarre wieder an.

„Meinen Segen! Aber wenn man ihm einen Rat geben dürfte, müßte man ihm sagen, befehlen Sie sich, lieber Wahlberg, ehe Ihr Herr Schwiegerater für das Bataillon wieder unbrauchbar wird!“

Frau Brindmann blühte erfreut auf. „Um Gottes willen, Adalbert! Und weshalb denn nun?“ Der Oberstleutnant legte der Gattin den Arm um die Schulter.

„Ja, Kind, hast du denn nicht gemerkt, wie der Mann in den paar Tagen abgefallen ist? Ich bin ordentlich erschrocken, als ich ihn wieder sah! Die Nase steht ihm spitz im Gesicht, und die Augen glühen wie im Fieber. Begrüßlich! Die niedrige trübselige Anzüge des Fürstlichen Hofjagdamtes in unsern kleinen Stadtblatt mußte einem erschreckenden Beamtens aus Herz und Nieren gehen. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn Seine Exzellenz, der Kommandierende, zu mir im Manöver sagen würde: Sie sehen mir recht angegriffen aus, mein lieber Oberstleutnant Brindmann! Und wie wäre es, wenn Sie nicht vielleicht das strapaziöse Amt eines Kommandeurs mit dem geruchsaften Leben in Wiesbaden vertauschen? Der dortige Sprudel wird allgemein sehr gerühmt für erholungsbedürftige Offiziere außer Dienst!“

(Fortsetzung folgt)

Die Sporkischen Jäger

Roman von Richard Schöndorff
Copyright 1927 by Romanienk. Mo. Berlin W 30
(36. Fortsetzung.)

Diesen Brief hatte er ebenso gerissen und in den Papierkorb geworfen wie den Leuzberger Anzeiger, aber damit war seine Wirkung nicht aus den Augen gelassen. Und es wurde ihm dunkel vor den Augen vor Jörn, wenn er daran dachte, daß er in wenigen Tagen in dem Revier, über dem er ein Menschenalter frei geherrscht hatte wie ein König, nichts mehr zu sagen haben würde! Höchstens nur noch: „Sehr wohl, Herr Affessor, und: „Ganz, wie Sie es für gut befinden!“ ...

Also das war unerträglich. Wenn er seine Laufbahn mit leidlichen Ehren beschließen wollte, durfte er diesen Abgesandten des Fürstlichen Hofjagdamtes nicht anders empfangen als: „Sie können ruhig wieder in die Residenz zurückreisen, Herr Affessor, meinen Wildbieb habe ich indessen selbst gefunden!“ ...

Und während die schnittigen Schimmel vor dem Wagen dahinflogen, daß der von den Rädern aufgewirbelte Staub auf der ausgetretenen Straße weit zurückblieb, begann er sich von neuem an das fruchtlose Grübeln, von dem's ihm in dem alten Kofe allgemach schon herumging wie ein wirbelndes Mähdreht. Er war doch schließlich kein mit allen Salben geschmierter Detektiv, sondern ein schlichter und ehrlicher Forstmann! ...

ein Wilderer, der so passioniert war, daß er bei jedem heimlichen Gange sein Leben einsetzte, verperrte sich doch nicht selbst den Weg zur Wiederehrung? ...

Also, wo man hingriff, überall saßte man ins Dunkle! Nichts blieb übrig als eine unsichere Mutmaßung, die wiederum so lächerlich war, daß man ihr kaum mehr als ein paar Augenblicke nachhängen konnte: Der Wilderer mußte einen weiblichen Spießgesellen haben! Während die Reutnants alle im Hohnfeiner Fortbau waren, hatte sich dieser Spießgeselle aufgemacht, den Jörn an der Suhle ungelegt! Am andern Morgen in aller Hergotsfröhe hatte er noch einmal sorgfältig alles abgeklippt, auf dem Wege zum Seeufer stand keine andere Fährte zu lesen als die eines nackten kleinen Frauenfüßchen ... Zum Verdrüßlichen war das, wenn man nicht annehmen wollte, daß sich dahinter eine dunkle Liebesgeschichte barg, mit einer Eifersuchtstragödie am Schluß. Und eine gab es wohl in Leuzberg, der man allerdings Verwogenheiten zutrauen durfte, die braune Witte Netelsdorf mit den malblauen Augen, die so auslachen, als wenn sie eine ganze Trübe voll von Geheimnissen hinter sich verschließen. Das Mädel ruberte wie ein gelehrter Fischer, schwamm wie eine Otter, aber es stimmte nicht: Sie hatte keinen Liebsten, wie sonst wohl die kleinen Bürgermädchen in der Stadt! Und von wem sollte sie es wohl gelernt haben, mit einer Büchse umzugehen? Der alte Netelsdorf holte doch nur einmal im Jahre sein Spießgesellen aus dem Schrank, wenn er am Schützenfesttage mit den Bürgern des Städtchens ausmarschierte, einen Blumenstrauß oben im Lauf. Am Scheidenband aber überließ er das Geschäft des Schießens irgendeinem Oberläufer, für den er den Einsatz bezahlte, während die Treffer ihm angerechnet wurden. Er selbst verantrieb sich mit anderen Schützen seines Kalibers hinter einer Batterie Rotweinfaschinen und verlegte sich auf das bequemere Geschäft des Zuschauens und Klugredens ...

Der Forstmeister Rüdiger mit seiner Tochter war weitergefahren auf seiner Assistentur bei den Verheirateten des Bataillons; der Kommandeur winkte von dem Balkon seiner am Marktplatz gelegenen Wohnung dem davonrollenden Wagen mit gemachter Freundlichkeit nach. Und als er mit der Gattin wieder in den einfach ausgestatteten Salon zurück-

ster als Zentralinspektorat.